



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 9 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040 - Freigabe der Mittel durch Aufhebung des Sperrvermerks
Vorlage: 2024/1045/1

Punkt 9.1 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe nachhaltig und agil umsetzen
Änderungsantrag: FÜR
Vorlage: 2024/1045/2

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks über die Gesamtkosten von 800.000 Euro für die Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts Karlsruhe 2040 (ISEK 2040).

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: mehrheitliche Zustimmung (35 Ja, 9 Nein)
Änderungsantrag: mehrheitliche Ablehnung (5 Ja, 37 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 5. November 2024:

Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass wir durch die vorgezogene Bundestagswahl noch einmal eine Veränderung hatten, was die Kostenaufstellung betraf, weil wir eine halbe Stelle nicht in die Kostenkalkulation aufnehmen brauchen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir haben vor einem guten Jahr sozusagen den Auftakt für das integrierte Stadtentwicklungskonzept 2040 sehr gerne beschlossen, weil wir gesehen haben, dass das Konzept mit dem Zeithorizont für 2020 dann doch irgendwann einer Überarbeitung bedarf, und weil wir sehen, dass wir gerade mit so einem integrierten Konzept dann die Grundlagen bekommen für viele weitere Planungsvorhaben, ob das jetzt einzelne Bebauungsplanthemen sind oder ob das auch Reaktionen in den Stadtteilen auf demografische Entwicklungen ist, was denn zum Beispiel sich auf soziale Infrastrukturen, Kitas,

Pflegeheimen oder Ähnliches bezieht, dass wir insgesamt die Bedarfe der Stadt betrachten. Es ist aber nicht nur dieses formale Konzept, sondern es steckt auch ganz viel dahinter, dass wir damit auch einen demokratischen, bürgernahen Prozess anstoßen, dass wir in Diskussionen kommen, welche gemeinsamen Ziele haben wir zwischen Stadtverwaltung, zwischen Politik und zwischen der Bürgerschaft, ob sie organisiert sind in Vereinen, Interessensgruppen oder ob sie ganz losgelöst daran teilnehmen wollen.

Genau für diesen Prozess, der durchaus sehr konsensorientiert und interaktiv gestaltet sein soll, halten wir es auch für notwendig, dass wir eine externe Expertise mit einbeziehen. Denn dieser wirklich externe Blick kann dann den Rahmen schaffen, dass alle Akteure danach auf Augenhöhe miteinander zu einem Ziel kommen und dass es nicht sozusagen nur Ziele der Verwaltung sind, die durchgesetzt werden, was nicht Sinn und Zweck des Ganzen ist, sondern wir wollen da gemeinschaftlich das Leitbild der Stadtentwicklung diskutieren und am Ende auch beschließen.

Vielen Dank, dass wir vor ein paar Wochen die Bürgerumfrage vorgestellt bekommen haben in etwas größerer Tiefe. Wir haben gesehen, dass diese wesentlichen Bausteine das Themenfeld Wohnen, aber auch das Themenfeld Klimaanpassung sind. Damit sind auch genauso Begrifflichkeiten aufgegriffen worden, die im räumlichen Leitbild als einige der Stoßrichtungen auch benannt worden sind. Daher sehen wir es auch als sinnvoll an, diese beiden Konzepte dann auch ineinanderfließen zu lassen, wohl aber betonend, dass das integrierte Stadtentwicklungskonzept viel mehr ist als nur eine städtebauliche Planung, sondern eine stadtgesehliche Planung eigentlich sein wird. Wir sind gespannt auf die Analysephase im nächsten Jahr, und so richtig los für die Bürgerschaft wird es dann wahrscheinlich Ende des Jahres/Anfang 2026 gehen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Zunächst einmal hat uns als CDU-Fraktion verwundert, dass die Erkenntnisse, die wir erst kürzlich gemeinsam erarbeitet und diskutiert haben, noch nicht in dieses Papier eingearbeitet wurden, aber für die grundsätzliche Frage spielt es natürlich nur eine untergeordnete, aber schon eine Rolle der Vollständigkeit oder der Entwicklung. Die regelmäßige Erarbeitung eines solchen Entwicklungskonzeptes ist natürlich für eine Großstadt sehr wichtig, das sehen wir. Der Prozess ist wichtig, leider ist er aber auch sehr teuer. Umso wichtiger ist es für uns als CDU, dass wir bei der Auswahl des zu beauftragenden Büros auch angemessen mitwirken können, denn es braucht eine verlässliche Projektbeteiligung, die das Vertrauen auch aller hier im Gemeinderat genießt. Der Stoff ist sperrig, deshalb bin ich nicht so optimistisch, dass allein mit Bürgerbeteiligung das gesamte Feld richtig abgedeckt werden kann, aber es ist natürlich sehr wichtig. Und weil es sperrig ist, müssen auch über diese Bürgerbeteiligung Formate geschaffen werden, die auch eine echte Beteiligung darstellen und nicht nur eine Sammlung von Partikularinteressen, sonst hätte das ein etwas schalen Geschmack. Also da müssen wir sehr großes Augenmerk darauf legen.

Die bisherigen Handlungsansätze des Stadtentwicklungskonzeptes müssen überdacht werden, die Projekte und Festlegungen überprüft werden. Auch über die Priorisierung müssen wir dann reden, aber das ist alles gut und richtig. Was wir vielleicht jetzt in dieser Anfangsphase noch einbringen wollen, ist die Frage, ob wir ein Tool, eine Idee einbringen können, mit der man sich verändernde Prozesse in der Zukunft nach Abschluss eines solchen ISEK sozusagen nachführen kann, dass wir nicht immer nach ein paar Jahren von vorne anfangen müssen, so wie das jetzt der Fall ist. Stadtentwicklungskonzept ist für uns wichtig, wenn es langfristig auch bedenkt, dass wir voraussichtlich mit rückläufigen Ressourcen

rechnen müssen. Das ist meines Erachtens ein wichtiger Punkt, den wir beachten müssen. Es geht nicht immer mit immer höher, immer mehr, immer teurer, sondern wir müssen auch einmal mit weniger eine Stadt in Bewegung halten und positiv führen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich glaube, alle hier im Rat vertretenen und auch repräsentierten Generationen, wir sind es gewohnt, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der es vor allem immer bergauf geht. Ich glaube, seit dem Zweiten Weltkrieg kennen wir vor allem Wachstum. Damit meine ich jetzt nicht nur den wirtschaftlichen oder den geopolitischen Wachstum, sondern ich meine auch unseren ganz persönlichen Wachstum, der sich in unseren Bildungs- und Erwerbsbiografien widerspiegelt. Ich glaube, auch hier im Gemeinderat, aber auch in der Stadtverwaltung ist dieser Drang zum Wachstum erkennbar gewesen in unserer Politik. Wir waren es vor allem gewohnt, dass wenn wir von der Gestaltung der Stadt sprechen, dass wir von der Schaffung von Neuem sprechen, also neue Projekte, neue Gebäude, neue Initiativen, neue Förderungen, neue Aufgaben.

Aber wir alle wissen, dass das Blatt sich gewendet hat. Nicht nur wir Kommunen haben klamme Kassen, auch das Land und der Bund, egal wo man hinguckt. Viele sprechen von dem Zeitalter der Polykrise oder der neuen Normalität, aber es ist völlig egal, wie wir es am Ende nennen. Wir wissen, dass wir alle vor großen Herausforderungen stehen und dass wir auch im Austausch oder vor allem im Austausch mit der Gesellschaft einen neuen Modus finden müssen, wie wir hier Stadtpolitik machen. Und deswegen blicken wir als SPD-Fraktion hoffnungsvoll auf ISEK 2040, weil wir nicht nur erwarten, dass wir politische Leitplanken kriegen, sondern wir erwarten auch, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Vision entwickeln, wie wir in Zukunft mit unserer Stadt umgehen sollen. Wir wollen wissen, wo wir uns als Stadt hin entwickeln wollen. Wir wollen Antworten auf die Fragen finden: Was ist wichtig, was ist vielleicht zweitrangig und wofür lohnt es sich, unsere knapper werdenden Ressourcen zu bündeln. Das sind Fragen, auf die wir uns Antworten erhoffen aus ISEK 2040. Das ist heute schon wichtig, und das hat der Kollege Hoffmann auch schon gemacht, aber auch der Kollege Löffler, dass wir Wege suchen und finden, wie wir möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einbinden. Wir hatten es gesehen bei der Bürger*innenbefragung, dass es gar nicht so einfach ist, alle Gesellschaftsschichten zu erreichen.

Wir wollen diesen Prozess auch nutzen, um auszuprobieren, welche Möglichkeiten gibt es denn an Beteiligungsformaten, die wir dann vielleicht auch über ISEK 2040 hinaus nutzen können. Wir als SPD-Fraktion haben immer an eine Art, ich sage ganz bewusst eine Art, Bürger*innenrat gedacht. Der Bürgerrat oder Bürger*innenräte, das ist ein vorgeschriebenes Format, da kann man darüber diskutieren, aber die Idee dahinter, dass man zufällig 10 bis 15 Menschen aussucht, mit denen man dann aber auch ganz intensiv an einem Thema arbeitet, das ist für uns schon wirklich ein interessantes Werkzeug, und wir wollen einfach an der Stelle schon einmal anregen, dass wir das mit aufbauen. Für uns ist es wichtig, dass wir auch noch einmal betonen, wir brauchen natürlich ein externes Büro, das das mit uns durchführt. Ich glaube, es ist nicht möglich, in dieser kurzen Zeit die Expertise bei uns selbst aufzubauen, selbst wenn wir das Geld, das wir dann für das Büro ausgeben, nicht ausgeben würden. Deswegen, das ist für uns auch noch einmal wichtig, an dieser Stelle zu betonen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): An den Vortrag von Herrn Huber kann ich direkt anknüpfen. Wir sind in der Krise. Seit Winter 22/23 befindet sich Deutschland, im Gegensatz zu den Ländern um uns herum, in der Rezession. Die Regierung, die das mitzuverantworten hat,

ist nicht mehr funktionsfähig, und trotzdem wollen wir jetzt so tun, als hätte sich nichts geändert und einfach weitermachen. Da sind wir anderer Meinung. Wir müssten jetzt einfach einmal abwarten, müssten die Bundestagswahl abwarten, müssten abwarten, wie viel Geld überhaupt zur Verfügung steht, weil unserer Meinung nach sind in den letzten Jahren alle möglichen Probleme mit Steuergeldern zugeschüttet worden, mit versprochenen Subventionen zugeschüttet worden, die jetzt nicht mehr kommen. Deswegen brauchen wir eine Neubewertung, welche Optionen stehen uns als Stadt überhaupt zur Verfügung.

In der Vorlage der Stadt steht ganz hinten, dass es jetzt durch das Scheitern der Ampel sowieso eine Verzögerung von fünf Monaten gibt. Deswegen sagen wir, dann warten wir doch das halbe Jahr ab und beschließen es dann und machen jetzt nicht weiter in einer Phase der absoluten Unsicherheit und diskutieren am Ende Optionen, die uns dann nachher in einem halben Jahr ganz offensichtlich gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Natürlich geht es jetzt nicht direkt um dieses halbe Jahr, aber diese Verzögerung von einem halben Jahr kann man sich fortgesetzt vorstellen. Wir wissen, dass wir wahrscheinlich erst Mitte 2025 einen neuen Bundeshaushalt haben werden und dann erst auch wissen, wie viel Geld wir aus den verschiedenen Töpfen bekommen. Vor dem Hintergrund werden wir heute nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, wir sollten abwarten und nicht noch mehr Geld hier ausgeben. Wir sind außerdem der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, 800.000 Euro oder mehr für ein externes Büro auszugeben, wenn dann gleichzeitig im nächsten Absatz der Vorlage steht, dass dieses externe Büro von der Stadt sehr intensiv unterstützt werden muss und dass da sehr intensiv mitgearbeitet werden muss.

An der Stelle sind wir bei dem Vorschlag von FÜR Karlsruhe. Es bringt nichts, wenn dann die einen viel Arbeit machen, und die anderen arbeiten dann auch noch intensiv mit, sondern dann soll die Stadt selber diese Arbeit machen, und wir sparen die 800.000 Euro. Herr Pfankuch hat es vorhin gesagt, wir müssen es schaffen, mit weniger diese Stadt in Bewegung zu halten, und damit hat er recht, und deswegen werden wir heute nicht zustimmen, aber dem Änderungsantrag vom Friedemann Kalmbach zustimmen. Wir hatten allerdings auch hier nur sehr wenig Zeit, weil dieser Antrag ist auch erst gestern eingegangen. Deswegen kann es durchaus sein, dass wir nicht einheitlich abstimmen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Auch in unserer Fraktion gab es intensive Diskussionen über das integrierte Entwicklungskonzept. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir strategisch planen, dass wir in die Zukunft planen und dass wir das professionell machen. Ich habe aber auch schon an der Sitzung des Hauptausschusses zur Kenntnis gebracht, dass wir Bedenken insbesondere finanzieller Art haben. Wir haben jetzt Präsentationen gesehen an unserem Offsite Meeting. Die waren sehr gut gewesen, die waren hilfreich in der Unterstützung des Verständnisses. Nichtsdestotrotz ist es so, dass wir uns natürlich überlegen, 800.000 Euro freizugeben. Mit dem Sperrvermerk haben wir Schwierigkeiten. Wir haben jetzt 50.000 Euro eingespart, aber wenn wir ehrlich sind, und es steht auch so eigentlich nur durch Verschiebung von externen Faktoren. Wir haben dann daraufhin geprüft, würde es Sinn machen, die Expertise intern aufzubauen. Das entspricht dem, was der Herr Kalmbach jetzt auch formuliert hat. Wir haben aber gesehen, dass das momentan auch nicht billiger wird, um es einmal vereinfacht zu sagen. Deswegen fällt es uns heute schwer, den Sperrvermerk aufzuheben, und deswegen wird meine Fraktion nicht für die Aufhebung des Sperrvermerks stimmen.

Stadträtin Geißinger (Volt): Zuerst vorweg, wir sind auf jeden Fall dafür, dieses Stadtentwicklungskonzept entwickeln zu lassen, mitzuwirken. Es ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen und auch der Verwaltung, und den Parteien, das heißt genau den Menschen, die es später betrifft, die auch mitgestalten wollen. Wir brauchen dafür aber ein Rahmenkonzept, und dieses ISEK 2040 ist genau das, was wir brauchen. Wichtig wäre uns dabei, wenn das Konzept existiert, dass wir auch hier immer wieder im Gemeinderat uns darauf zurückbesinnen, in welchem Eckpfeiler befinden wir uns vom Rahmenkonzept, macht es Sinn, das jetzt zu beschließen. Hatten wir nicht ursprünglich vor drei Jahren einmal gesagt, wir wollen in eine andere Richtung? Das heißt auch da der Wunsch gerne, mehr das ISEK auch in unsere alltägliche Gemeinderatsarbeit einzubeziehen, wenn es existiert.

Grundsätzlich vielleicht zur Verzögerung der Neuwahlen, es ist nicht schön, daran können wir als Kommune aber sicherlich nichts ändern. Wir können aber die Zeit nutzen, uns intern, und damit meine ich Bürger und Bürgerinnen, die Verwaltung, aber auch die Fraktionen, Gedanken zu machen, was wir einbringen möchten an Themen. Dazu haben wir jetzt mehr Zeit und natürlich steht auch Wahlkampf an, aber nichtsdestotrotz sind wir hier auch als kommunale Abgeordnete dafür zuständig, dass das ISEK am Ende ein tolles Konzept ist, womit wir auch bis 2040 leben können, auch wenn vielleicht Veränderungen nötig sein werden.

Zum Thema externes Büro, wir befürworten auf jeden Fall die Beauftragung von einem externen Büro, nicht nur wegen der Expertise, sondern weil es mit Sicherheit sehr viele Zielkonflikte geben wird. Und diese intern zu lösen, ist auf jeden Fall eine Herausforderung. Nichtsdestotrotz können wir gerne prüfen, ob langfristig diese Expertise auch intern aufgebaut werden kann. Nur jetzt einmal auf die Schnelle, während dasselbe Amt auch noch eine Wahl organisieren muss, die Expertise intern aufzubauen, dass wir zeitnah anfangen, ist vielleicht nicht gerade der richtige Zeitpunkt.

Zum letzten Punkt noch, es obliegt am Ende auch uns, was wir in dieses Konzept schreiben werden. Hier geht es erst einmal um den Beschluss, dass wir eins haben wollen und dass wir dieses extern mit Hilfe entwickeln möchten. Wir können, glaube ich, darüber diskutieren, im Konzept selber, welche Maßnahmen wir reinpacken, welche Ziele wir uns setzen. Da lässt sich definitiv mehr sparen als an dem Kostenblock, den wir jetzt für die Erstellung des Konzeptes beschließen.

Stadtrat Cramer (KAL): Die Karlsruher Liste setzt sich seit vielen Jahren sowohl für eine breite Bürgerbeteiligung wie auch für eine strategische Stadtentwicklung ein. Wo anders als im ISEK-Prozess lassen sich diese zwei Schwerpunkte besser wiederfinden? Das ISEK 2040 soll unter breiter Beteiligung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft einen Handlungsrahmen für die Entwicklung unserer Stadt bis 2040 vorgeben. Es soll also erarbeitet werden, wie mit den unterschiedlichen Herausforderungen der Zukunft, wie Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel, Verkehrswende und Wohnungsnot, in Karlsruhe umgegangen werden soll. Welche Stadt wünschen sich die Karlsruherinnen und Karlsruher in der Zukunft? Wie soll sie aussehen? Punkt zwei, wie gestalten und füllen wir den uns gemeinsam zur Verfügung stehenden Raum aus? Drittens, wo sollen wir als Gemeinderat Schwerpunkte legen, um das Leben in unserer Stadt weiter lebenswert zu gestalten?

Neben der Innensicht durch die Beteiligung der Menschen in Karlsruhe soll die Entwicklung des ISEK durch ein externes Büro begleitet werden. Wir unterstützen dieses Vorgehen. Ein unvoreingenommener, neutraler und wohl kritischer Blick von außen kann für den Prozess gewinnbringend sein. Das externe Büro soll Erfahrung, Fachlichkeit und vor allem Schlichtungskompetenzen mitbringen. Wir sind bereit, hierfür Geld auszugeben. Sprich, wir sind auch bereit, heute den Sperrvermerk aufzuheben, denn eines wird dieser Prozess sicher nicht, einfach und konfliktfrei. Wir sind gespannt auf die Entwicklung des ISEK 2040 und stimmen der Vorlage der Verwaltung zu.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Eine Stadt braucht in der Tat eine Vision. Die Frage ist natürlich grundsätzlich, wie kriegt man eine Vision zustande. Wie kommt die Vision zu uns? Also ich möchte einmal eins vorweg sagen, allein durch Bürgerumfragen kommt keine Vision zustande. Wir brauchen tatsächlich Köpfe. Und ich meine, da nehme ich schon einmal Bezug auf unseren Antrag, wir brauchen auch Köpfe in der Stadt, in unserer Stadtverwaltung, die visionär denken können, die über das Bestehende hinaus denken können, die sich Dinge vorstellen können, die noch nicht sind. Da, glaube ich, kommt ein externes Büro nicht immer in guter Weise zum Zuge. Ich möchte hier an der Stelle an das cima-Gutachten erinnern. Da haben wir große Beispiele bekommen, wie die Innenstadt sich entwickeln soll, aber letztlich, ehrlich gesagt, ich würde sagen, da hätten wir selber drauf kommen können. Also viele Fachleute, die wir in der Stadt haben, die Expertisen zusammenzubringen, hätte genauso einen Effekt gehabt.

Aber noch einmal zurück, ich finde es sehr wertvoll, dass wir den Prozess gemacht haben, zu schauen, was ist aus dem letzten ISEK geworden. Und da möchte ich meinen Respekt ausdrücken an der Stelle. 62 Prozent der Projekte sind verwirklicht, das ist es schon einmal etwas. Also das muss man auch einmal lobend erwähnen, und 25 Prozent sind in der Mache. Respekt an der Stelle, und das darf uns wirklich ermutigen, dass wir auch weitermachen. ISEK-Programm brauchen wir auf jeden Fall, aber unser Vorschlag wäre, bevor wir jetzt teures Geld nach außen geben, in der eigenen Verwaltung Expertise aufzubauen und auch Perspektive zu haben. Wir können viel agiler reagieren auf Veränderungen, und die Veränderungen der Gesellschaft wird es viel schneller geben als früher. Deswegen überlegen Sie es sich noch einmal, stimmen Sie diesem Antrag zu, und wir müssen dann überlegen, wie wir das umsetzen können.

Kurze Bemerkung, es geht nicht um eine zusätzliche Stelle. Da muss man überlegen, wie viele zusätzliche Stellen es braucht. Zwei sind schon vorgesehen von der Stadtverwaltung. Die sind vorgesehen, da braucht es bestimmt nur zwei oder drei Stellen dazu.

Der Vorsitzende: Vielleicht zu den verschiedenen Punkten noch einmal, die 800.000 Euro werden nicht einmalig ausgegeben, sondern die verteilen sich auf insgesamt drei Jahre. Wir schaffen aus diesen 800.000 Euro schon zwei Stellen für ein Projekt, das über zwei Jahre angesetzt ist. Also von daher haben wir ein Stück weit schon noch den Aufbau einer eigenen Expertise. Wir geben die 800.000 Euro auch nicht nach außen, sondern von den 800.000 Euro sind im Moment 100.000 Euro vorgesehen für Raummieten, Catering, Unvorhergesehenes. Das heißt, es bleiben maximal 400.000 Euro für das Büro übrig, verteilt auf mindestens zwei Jahre. Damit relativiert sich ein Stück weit, denke ich, das Geld, was nach außen gegeben wird, auch schon erheblich.

Ich würde Ihnen zusagen, Herr Stadtrat Pfannkuch, dass wir überlegen müssen, wie wir den Gemeinderat bei der Büroauswahl beteiligen. Das hatten wir schon einmal auch so besprochen. Und die Idee, ein Tool einzuführen, in dem entsprechende Veränderungen von Parametern oder auch neue Entwicklungen sich dann jeweils auswirken darauf, dass auch ISEK ein Stück weit angepasst werden muss, das ist eines unserer großen Aufgabenstellungen, damit man nicht ein fertiges Werk hat, und dann schaut man 15 Jahre später, wie viel ist erreicht worden, sondern dass das im Grunde ein dauernder Diskussionsprozess wird, ob da ein Tool am Ende hilft. Das klingt so ein bisschen nach Internet, oder wie wir damit umgehen müssen, das können wir dann auch noch einmal im Rahmen des Prozesses uns gemeinsam erarbeiten.

Die Stadt plädiert für eine gute Mischung aus eigenen Fachkräften und aus einer Beauftragung nach außen, aus den von Ihnen angeführten Gründen. Und insofern würden wir bei dieser Vorlage so bleiben wollen, wie wir Ihnen das hier heute vorgelegt haben.

Ich darf mich insgesamt für die Diskussion bedanken, die doch deutlich macht, dass unabhängig davon, dass wir unterschiedliche Wege vorhaben, wir aber eigentlich an der Sache festhalten. Herr Stadtrat Dr. Schmidt, natürlich wissen wir vom Bund her erst im nächsten Sommer, wie die eine oder andere Förderzusage geht. Das ist auch für unsere Haushaltsaufstellung natürlich noch einmal ein ganz großes Thema. Ich hoffe, dass wir es dann rechtzeitig wissen, aber unabhängig davon geht es ja hier um einen Prozess, der auf 15 Jahre in der Vorschau angelegt sein soll. Und wir werden uns immer damit auseinandersetzen müssen, dass es hier kurzfristige Veränderungen auf der Landes- und Bundesebene gibt, die alles wieder ein Stück weit entweder kalkulierbarer oder weniger kalkulierbar machen. Würden wir das zur Grundlage machen, überhaupt einen solchen Prozess anfangen zu können, gibt es wahrscheinlich nie den richtigen Zeitpunkt. Wir sind auch im nächsten Sommer noch nicht so weit, dass wir wirklich harte Parameter festgelegt hätten. Insofern glaube ich, dass das jetzt kein Grund sein müsste, das abzulehnen, und kann einfach nur um die Unterstützung hier als Verwaltung werben.

Wir kommen damit zum Änderungsantrag von FÜR Karlsruhe, von Ihnen, Herr Stadtrat Kalmbach, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit steht die unveränderte Entsperrungsbeschlussvorlage der Verwaltung hier zur Abstimmung. Gut, dann kommen wir jetzt zur eigentlichen Verwaltungsvorlage, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Vielleicht können wir der Frau Böringer einmal ein neues Gerät geben. Gut, also Sie klären das technisch bitte bis zum nächsten Abstimmungsvorgang. Wir gehen einmal davon aus, dass Frau Böringer hier entsprechend ihrer Fraktion auch mit Nein gestimmt hätte. So nehmen wir es ins Protokoll auf, und dann haben wir das soweit erledigt.

Damit mehrheitliche Annahme der Verwaltungsvorlage, herzlichen Dank. Wir werden Sie weiter intensiv damit auch beschäftigen und einbeziehen, und die Ergebnisse der Bürger*innenumfrage und Ähnliches werden natürlich auch noch in die Gremien kommen, auch wenn Sie es teilweise ja schon kennen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. Dezember 2024